

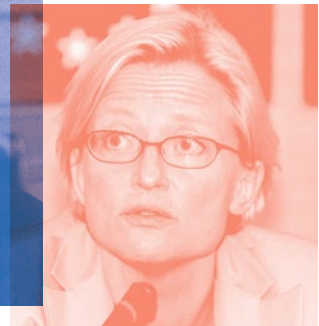
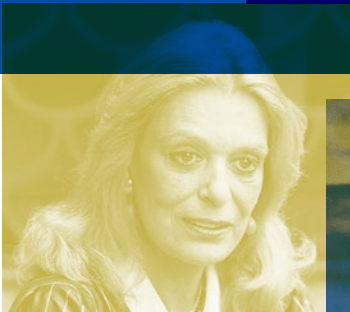


Europäische
Kommission



PIONIERE DER EU

Die Wegbereiter
des heutigen Europas



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Generaldirektion Kommunikation
Redaktionelle Dienste und Gezielte Kommunikation
1049 Bruxelles/Brussel
BELGIQUE/BELGIË

Manuskript abgeschlossen im Juli 2021
Erste Ausgabe

Print	ISBN 978-92-76-10810-8	doi:10.2775/555202	NA-02-19-702-DE-C
PDF	ISBN 978-92-76-10797-2	doi:10.2775/698903	NA-02-19-702-DE-N

Die Europäische Kommission haftet nicht für Folgen, die sich aus der Weiterverwendung dieser Veröffentlichung ergeben.
Weitere Informationen zur Europäischen Union finden Sie im Internet (<https://www.europa.eu>).

Luxemburg: Amt für Veröffentlichungen der Europäischen Union, 2021
© Europäische Union, 2021



Die Weiterverwendung von Dokumenten der Europäischen Kommission ist durch den Beschluss 2011/833/EU der Kommission vom 12. Dezember 2011 über die Weiterverwendung von Kommissionsdokumenten (ABl. L 330 vom 14.12.2011, S. 39) geregelt.

Sofern nichts anderes angegeben ist, wird dieses Dokument zu den Bedingungen einer Lizenz Creative Commons 4.0 International (CC-BY 4.0) (<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/>) zur Verfügung gestellt. Dies bedeutet, dass die Weiterverwendung zulässig ist, sofern die Quelle ordnungsgemäß genannt wird und etwaige Änderungen angegeben werden.

Für jede Verwendung oder Wiedergabe von Elementen, die nicht Eigentum der EU sind, muss gegebenenfalls direkt bei den jeweiligen Rechteinhabern eine Genehmigung eingeholt werden.

BILDNACHWEISE

Alle Fotos: © Europäische Union, sofern nicht anders angegeben.

Pioniere der EU

Die Wegbereiter des heutigen Europas

Von Widerstandskämpfern und Holocaust-Überlebenden bis hin zu Politikern und sogar einem Filmstar – diese Broschüre stellt visionäre Führungspersönlichkeiten vor, deren Ideen den Grundstein für das Europa legten, in dem wir heute leben. Die Pioniere der EU waren Menschen mit ganz unterschiedlichem Hintergrund, aber ihre Ideale waren dieselben: ein friedliches, geeintes und erfolgreiches Europa musste das Ziel sein.

Viele von ihnen setzten sich nach den Schrecken zweier Weltkriege für die Beendigung gewaltsamer Auseinandersetzungen in Europa und für Frieden und Solidarität zwischen den Menschen ein. Sie kämpften für die Grundwerte, auf denen die Europäische Union beruht: Freiheit, Demokratie und Gleichheit, Achtung der Menschenwürde, der Menschenrechte und der Rechtsstaatlichkeit, Solidarität und Schutz für jedes Mitglied der Gesellschaft.

In dieser Broschüre wird aufgezeigt, welchen Beitrag sie zu den Grundlagen der EU leisteten. Sie setzten sich für Frieden und Wohlstand ein und strebten die Überwindung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung an. Sie trugen zur Entwicklung der Systeme bei, die zu wirtschaftlicher Stabilität und schließlich zu einer gemeinsamen Währung führten, und sie traten für die reiche Kulturgeschichte Europas ein.

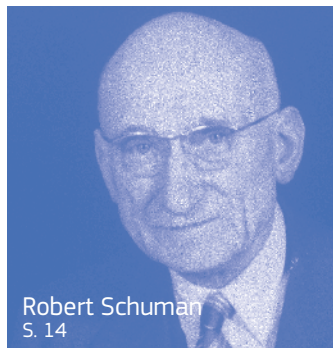
Ohne ihr Engagement und ihren Einfallsreichtum würden wir heute nicht in einem Europa leben, das sich durch Frieden und Stabilität auszeichnet.

Diese Kurzbiografien sollen zur Lektüre der ausführlichen Artikel anregen, die online hier verfügbar sind:

https://european-union.europa.eu/principles-countries-history/history-eu/eu-pioneers_de



Inhalt



Jean Monnet.....	6
Konrad Adenauer.....	8
Louise Weiss.....	10
Alcide De Gasperi.....	12
Robert Schuman.....	14
Simone Veil.....	16
Joseph Bech.....	18
Marga Klompé.....	20
Winston Churchill.....	22
Helmut Kohl und François Mitterrand.....	24



Simone Veil
S. 16



Johan Willem Beyen.....	28
Ursula Hirschmann.....	30
Paul-Henri Spaak.....	32
Melina Mercouri	34
Walter Hallstein.....	36
Altiero Spinelli.....	38
Nilde Iotti.....	40
Nicole Fontaine.....	42
Sicco Mansholt.....	44
Anna Lindh.....	46



Anna Lindh
S. 46



Alcide De Gasperi
S. 12

Jean Monnet

1888-1979



Bei Ausbruch des Ersten Weltkriegs 1914 meldete sich Jean Monnet in Frankreich zum Wehrdienst, wurde jedoch aus gesundheitlichen Gründen abgelehnt. Um seinem Land auf andere Weise zu dienen und Frankreich im Krieg zu unterstützen, bot Monnet der Regierung seine Dienste zur besseren Koordinierung der Beschaffung von kriegswichtigen Gütern mit Frankreichs Verbündeten an. Sein Vorschlag stieß auf Zustimmung, und der französische Präsident machte ihn zum Vermittler in wirtschaftlichen Fragen.

Nachdem er sich während des Krieges durch seine hohe fachliche Qualifikation ausgezeichnet hatte, wurde Monnet bei der Gründung des Völkerbunds 1919 im Alter von 31 Jahren zu dessen stellvertretendem Generalsekretär ernannt. Nach dem Tod seines Vaters im Jahr 1923 kehrte er in seine Heimatstadt Cognac zurück und verhalf dem kränkelnden Familienbetrieb wieder zu neuer Blüte.

Zu Beginn des Zweiten Weltkriegs wurde er Präsident eines französisch-britischen Ausschusses, der die Produktionskapazitäten der beiden Länder koordinieren sollte. Die britische Regierung schickte Monnet in die Vereinigten Staaten, um den Kauf kriegswichtiger Güter zu beaufsichtigen. Der amerikanische Präsident Franklin D. Roosevelt war von Monnet beeindruckt, machte ihn bald zu einem seiner wichtigsten Berater und beauftragte ihn damit, bereits vor dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten die Kapazitäten für die Produktion militärischer Ausrüstung auszuweiten.

1943 wurde Monnet Mitglied des Französischen Komitees für die Nationale Befreiung in Algier, das de facto die französische Exilregierung darstellte. Zu diesem Zeitpunkt formulierte er seine Vision eines vereinten Europas zur



Das Jean-Monnet-Haus in Frankreich ist heute ein Museum und ein Ort der Begegnung für junge Menschen.

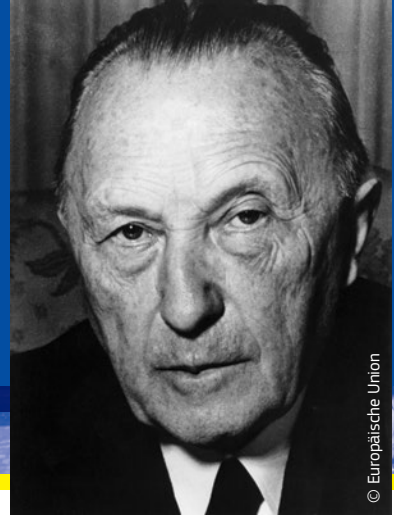
Sicherung des Friedens. Während einer Zusammenkunft des Komitees am 5. August 1943 erklärte Monnet: „Es wird keinen Frieden in Europa geben, wenn der Wiederaufbau der Staaten auf der nationalen Souveränität beruht ... Die Länder Europas sind zu klein, um ihren Völkern den Wohlstand und die soziale Entwicklung zu sichern, die erforderlich sind. Die europäischen Staaten müssen eine Föderation bilden ...“

Angesichts der zunehmenden internationalen Spannungen nach dem Krieg erkannte Monnet, dass es an der Zeit war, die europäische Einigung nun tatsächlich in die Wege zu leiten, und so begannen er und sein Team, am Konzept einer Europäischen Gemeinschaft zu arbeiten. Am 9. Mai 1950 gab der französische Außenminister Robert Schuman im Namen der französischen Regierung die „Schuman-Erklärung“ ab.

Diese Erklärung war von Monnet initiiert und vorbereitet worden und beinhaltete den Vorschlag, die gesamte deutsch-französische Kohle- und Stahlproduktion einer einzigen übergeordneten Behörde zu unterstellen. Dem lag die Idee zugrunde, dass eine Zusammenlegung der Produktion dieser Ressourcen durch die zwei mächtigsten Länder in Europa künftige Kriege verhindern würde. Die Regierungen Belgiens, Deutschlands, Italiens, Luxemburgs und der Niederlande stimmten zu, und so wurde durch diese Erklärung der Grundstein für die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl (EGKS) gelegt, die Vorgängerin der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und schließlich der Europäischen Union.

Konrad Adenauer

1876-1967



Konrad Adenauer setzte sich unermüdlich für die europäische Einheit und einen dauerhaften Frieden zwischen den Nationen ein. Er wurde von seinen Landsleuten 2003 zum „größten Deutschen aller Zeiten“ gewählt. Europa, wie wir es heute kennen, wäre ohne das Vertrauen der anderen europäischen Länder, welches Adenauer durch seine beständige Außenpolitik gewann, nicht möglich gewesen.

Adenauers Ansichten waren durch seine Kriegserfahrungen geprägt. Als der Erste Weltkrieg ausbrach, war er 38 und erster Stellvertreter des Oberbürgermeisters von Köln. Trotz Entbehrungen und Gewalt gelang es ihm, die Stadt, die den deutschen Truppen als Hauptnachschub- und Transportstützpunkt diente, sowohl für die Zivilbevölkerung als auch für das Militär mit allem Nötigen zu versorgen.

1917 wurde er Oberbürgermeister von Köln, wurde dieses Amtes jedoch 1933 nach einem Konflikt mit der nationalsozialistischen Partei enthoben, weil er sich weigerte, anlässlich eines Besuchs von Hitler Hakenkreuze in der Stadt anbringen zu lassen. Adenauer wurde gewarnt, dass er in Gefahr sei, und suchte Zuflucht in einem Kloster, bis er es gefahrlos wieder verlassen konnte. Auch dann noch, als das Regime ihn weniger als Bedrohung betrachtete, geriet er wiederholt ins Fadenkreuz der Nazis. Obwohl er inhaftiert und auf Deportationslisten gesetzt wurde, gelang es ihm, den Krieg zu überleben.

Nach der Niederlage des Dritten Reichs verfolgte Adenauer sein Ziel, Deutschland mit seinen ehemaligen Feinden, insbesondere Frankreich, zu versöhnen und einen dauerhaften Frieden in Europa zu schaffen. Am 15. September 1949



© AP / Europäische Union

Konrad Adenauer unterzeichnet am 25. März 1957 im Rathaus von Rom die Römischen Verträge, mit denen die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft gegründet wurden.

wurde er zum Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland gewählt. In den folgenden Jahren führte er sein Land in den Europarat (1951) und sorgte dafür, dass Westdeutschland maßgeblich an der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl (1952) beteiligt war. Diese Organisation sollte weitere gewaltsame Konflikte verhindern, indem sie die Industriezweige kontrollierte, die im Zentrum der europäischen Kriegsmaschinen gestanden hatten. 1955 führte Adenauer Westdeutschland auch in die NATO – das bis dahin vielleicht wichtigste Zeichen für die Rückkehr des Landes in die internationale Gemeinschaft.

Adenauers Überzeugung, dass eine starke Verbindung zwischen Westdeutschland und Frankreich die Grundlage für dauerhaften Frieden und Stabilität in Europa bilden könnte, führte 1963 zur Unterzeichnung des Élysée-Vertrags, der auch als deutsch-französischer Freundschaftsvertrag bezeichnet wird. In diesem Vertrag besiegelten die beiden Länder ihre Versöhnung, schufen eine solide Grundlage für gute Beziehungen und beendeten ihre jahrhundertelange Rivalität. Durch seine klare Vorstellung von der Rolle seines Landes in einem geeinten Europa sorgte Adenauer dafür, dass Deutschland sich zu der freien und demokratischen Gesellschaft entwickeln konnte, die wir heute kennen.

Louise Weiss

1893-1983



© Europäische Union

Von den 1920er-Jahren bis zu ihrem Tod 1983 war die Journalistin und Politikerin Louise Weiss eine anerkannte Mahnerin in der französischen und internationalen Politik. Ihre Erfahrungen als Krankenschwester in Feldlazaretten während des Ersten Weltkriegs hatten sie tief geprägt. Ihr Leben widmete sie dem Streben nach Frieden, zunächst durch ihre Arbeit für mehrere Zeitungen, später durch ihren Kampf für das Frauenwahlrecht. Während des Zweiten Weltkriegs half sie, Tausende jüdische Kinder vor den Nazis zu retten, und schloss sich dem französischen Widerstand an.

Nach dem Krieg unternahm sie ausgedehnte Auslandsreisen und verfasste für herausragende französische Zeitschriften und Zeitungen zahlreiche Artikel über die führende Rolle, die der Westen und insbesondere Europa beim weltweiten Eintreten für demokratische Werte spielen könnte. Sie war davon überzeugt, dass Europa im Kalten Krieg einen Gegenpol zu den Vereinigten Staaten und zur Sowjetunion bilden müsse.

1971 gründete sie die Louise-Weiss-Stiftung, die jedes Jahr einen Preis an Menschen oder Institutionen vergibt, die maßgeblich zur Förderung der



© Europäische Union

Mit 86 Jahren wird Louise Weiss im Juli 1979 als ältestes Mitglied ins Europäische Parlament gewählt.

Friedensforschung beitragen. Unter anderem haben Václav Havel, Helmut Schmidt und Simone Veil diesen Preis gewonnen.

Als überzeugte Europäerin wurde Louise Weiss 1979 ins Europäische Parlament gewählt. In ihrer Eröffnungsrede als Alterspräsidentin rief sie die Menschen in Europa zur Einheit auf der Grundlage einer gemeinsamen Kultur auf, die über gemeinsame wirtschaftliche Interessen hinausgeht.

Als Louise Weiss 1983 im Alter von 90 Jahren verstarb, war sie die älteste Abgeordnete des Parlaments. Nach ihrem Tod benannte das Parlament in Straßburg sein Hauptgebäude nach ihr und ehrte damit ihr Lebenswerk im Dienste der europäischen Werte.

Alcide De Gasperi

1881-1954



Der italienische Politiker Alcide De Gasperi war der letzte Ministerpräsident des Königreichs Italien und auch der erste Ministerpräsident der Italienischen Republik. Nach dem Zweiten Weltkrieg leitete er den Aufbau einer neuen Demokratie in Italien sowie den wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes und dessen Rückkehr auf die internationale politische Bühne.

De Gasperi unterstützte die Friedensarbeit zwischen Deutschland und Frankreich nach fast einem Jahrhundert des Konflikts. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs setzte er sich aktiv für die europäische Einheit ein und war überzeugt, dass dies der einzige Weg sei, um einem erneuten Auftreten von Konflikten entgegenzuwirken. De Gasperis Antrieb war die klare Vorstellung von einer Union Europas, die nicht die einzelnen Staaten ersetzen, sondern es ihnen ermöglichen sollte, zusammenzuarbeiten.

„Die Zukunft wird nicht durch Gewalt geschaffen und auch nicht durch den Wunsch nach Eroberung, sondern durch die geduldige Anwendung der demokratischen Methode, durch den konstruktiven Geist der Einigung und durch den Respekt für die Freiheit.“ Mit diesen Worten nahm er 1952 den Karlspreis für seine



Alcide De Gasperi bei einer Rede am 21. April 1954 in Paris.

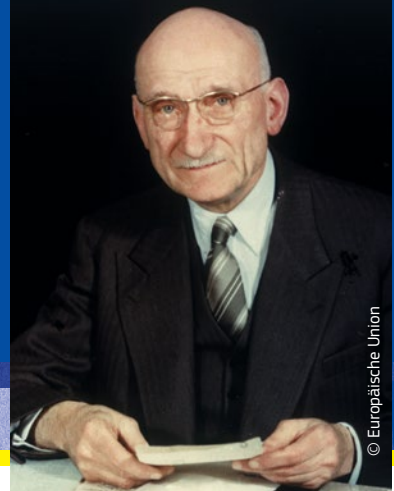
Verdienste um ein vereintes Europa entgegen. Dies war im Wesentlichen auch die Botschaft, die er an die politisch Verantwortlichen in Deutschland und Frankreich richtete, als er seine Vermittlerrolle zur Unterstützung der Forderung Robert Schumans vom 9. Mai 1950 nach einem integrierten Europa antrat.

De Gasperis Arbeit trug zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl bei. Diese Organisation nahm den europäischen Nationen de facto die Möglichkeit, gegeneinander Krieg zu führen. Seine Bemühungen wurden 1954 belohnt, als er zum ersten Präsidenten der Parlamentarischen Versammlung der Gemeinschaft ernannt wurde.

Neben seiner Arbeit zur Gründung des Europarates erreichte De Gasperi auch ein weiteres seiner Ziele, als sein Land sich den fünf anderen Gründungsmitgliedern der Gemeinschaft anschloss: Italien sollte wieder eine zentrale Rolle auf der internationalen Bühne spielen. De Gasperi hatte auch noch eine weiter reichende Vision – die internationale Zusammenarbeit als Grundlage für den Frieden. Er war der Mann hinter Italien, als sich das Land dem Marshallplan der USA anschloss und Teil der NATO wurde.

Robert Schuman

1886-1963



Robert Schuman wurde während des Ersten Weltkriegs aus gesundheitlichen Gründen vom Militärdienst freigestellt, kämpfte im Zweiten Weltkrieg aufseiten des französischen Widerstands und wurde schließlich von den Nazis gefangen genommen und inhaftiert. Er entkam nur knapp dem Konzentrationslager Dachau und flüchtete in die „freie Zone“ Frankreichs. Als die Nationalsozialisten dort einmarschierten, tauchte er unter. Im Untergrund trotzte er für die nächsten drei Jahre den Deutschen, die eine Belohnung auf seinen Kopf ausgesetzt hatten.

Schumans politische Aktivität begann in der Zeit zwischen den beiden Weltkriegen. Damals zog er als Abgeordneter für die Region Moselle ins französische Parlament ein. Er war als deutscher Staatsbürger in Luxemburg zur Welt gekommen und wurde Franzose, als die Region Elsass-Lothringen 1919 wieder Teil Frankreichs wurde.

Nach dem Krieg bekleidete er einige hochrangige Positionen in der nationalen Politik, unter anderem war er Premierminister und Außenminister. Er wurde zu einem zentralen Verhandlungsführer bei wichtigen Verträgen und bei Initiativen wie dem Europarat, dem Marshallplan und der NATO. Alle diese Initiativen zielten auf eine verstärkte Zusammenarbeit zwischen den Staaten des westlichen Bündnisses und auf die Einigung Europas ab.



Robert Schuman (Mitte) im Gespräch mit Ludwig Erhard (links)

Die größte Bekanntheit erlangte er jedoch durch die Schuman-Erklärung, in der er eine Bündelung der wirtschaftlichen Interessen vorschlug. Er war davon überzeugt, dass ein solcher Zusammenschluss der europäischen Nationen einen Krieg „nicht nur undenkbar, sondern faktisch unmöglich“ machen würde.

In Zusammenarbeit mit Jean Monnet entwickelte er den Schuman-Plan, den er am 9. Mai 1950 vorstellte. Dieser Tag gilt heute als Geburtsstunde der Europäischen Union und wird jedes Jahr als Europatag gefeiert. In seiner Rede schlug er eine gemeinsame Kontrolle der Produktion von Kohle und Stahl vor, den wichtigsten Rohstoffen für die Rüstungsindustrie.

Nur ein knappes Jahr später, am 18. April 1951, unterzeichneten die sechs Gründungsmitglieder (Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg und die Niederlande) den Pariser Vertrag. Dadurch wurde die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gegründet, Europas erste supranationale Gemeinschaft. Diese bahnbrechende Organisation ebnete den Weg für die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und später die Europäische Union.

Simone Veil

1927-2017



© Europäische Union

Simone Veil überlebte die Konzentrationslager der Nazis. Ihre Kindheitserfahrungen und die traumatischen Erlebnisse während des Zweiten Weltkriegs waren die Keimzelle ihres Engagements für ein geeintes Europa – ein Ziel, für das sie ihr gesamtes Leben lang eintreten sollte.

Veils politischer Aufstieg begann bereits mit einer frühen Karriere als Juristin. 1974 trat sie als Ministerin für Gesundheit in die französische Regierung von Präsident Giscard d'Estaing ein. Kurz nach ihrer Ernennung nahm sie den Kampf für die Legalisierung der Abtreibung in Frankreich auf, den sie schließlich gewann, als die Opposition in der Nationalversammlung sich ihrer Sache anschloss und 1975 ein Gesetz zur Fristenregelung verabschiedet wurde. Dieses Gesetz wird ihr als bedeutender Verdienst angerechnet und auch als „Loi Veil“ („Veil-Gesetz“) bezeichnet.

Im Verlauf ihrer politischen Karriere in Frankreich engagierte sie sich zunehmend für die Idee eines Europas, das frei von Konflikten und Unterdrückung ist. Staatspräsident Giscard d'Estaing bot Veil den obersten Listenplatz seiner Partei bei den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament 1979 an.

Veil wurde Mitglied des Parlaments und von diesem zur Präsidentin gewählt. Damit war sie die erste Frau an der Spitze einer europäischen Institution. Zwei Jahre später erhielt sie den Karlspreis, mit dem besondere Verdienste um die europäische Einheit gewürdigt werden.



Simone Veil, die neu gewählte Präsidentin des Europäischen Parlaments, erhält nach einer Rede im Juni 1979 stehende Ovationen.

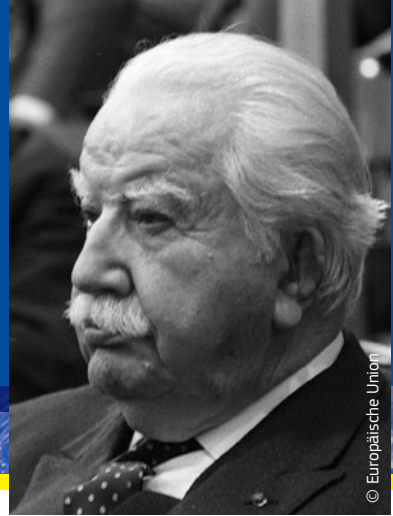
Nach 14 Jahren im Europäischen Parlament kehrte Veil 1993 in die französische Politik zurück und war bis 1995 als Staatsministerin und Ministerin für Gesundheit und Soziales tätig. 1998 wurde sie in den französischen Verfassungsrat berufen.

Bei ihrer Wahl in die Académie Française im Jahr 2008 – eine Ehre, die nur wenigen Frauen zuteilwurde – ließ Simone Veil auf dem Zeremonienschild, das für jedes Mitglied der Akademie angefertigt wird, drei Gravuren anbringen. Dies waren ihre in Auschwitz eintätowierte Häftlingsnummer 78651, das Motto der Französischen Republik „Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit“ und das Motto der Europäischen Union „In Vielfalt geeint“.

Sie starb 2017, und 2018 wurden ihre sterblichen Überreste im Panthéon-Mausoleum in Paris beigesetzt. Diese Ehre wurde bislang nur fünf Frauen zuteil.

Joseph Bech

1887-1975



Als der französische Außenminister Robert Schuman 1950 anregte, eine Organisation zu gründen, die im Wesentlichen verhindern sollte, dass europäische Länder erneut Krieg gegeneinander führen, begrüßte der luxemburgische Außenminister Joseph Bech den Vorschlag mit Begeisterung.

Bech war der festen Überzeugung, dass eine engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu einem stabilen und wohlhabenden Europa führt.

Bech war aus dem von den Nazis besetzten Luxemburg geflohen und Mitglied der Exilregierung seines Landes in London. Neben der Verhinderung weiterer verheerender Kriege sah er in der Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl eine Chance für sein kleines Land, sich einen Platz und eine Stimme in einem neuen Europa zu verschaffen. Bereits 1944 hatte er maßgeblich an der Schaffung der Benelux-Zollunion zwischen den Exilregierungen Belgiens, Luxemburgs und der Niederlande mitgewirkt. In den 1950er-Jahren wurde er zu einer treibenden Kraft der europäischen Integration.



Der französische Außenminister Robert Schuman, Luxemburgs Außenminister Joseph Bech und Belgiens Premierminister Paul-Henri Spaak auf der ersten Sitzung der Beratenden Versammlung des Europarats, Straßburg, 10. August 1949.

Im Juni 1955 leitete Bech die Konferenz von Messina, aus der die Römischen Verträge zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft hervorgingen, der Vorläuferin der heutigen Europäischen Union. Im Mittelpunkt dieser Konferenz stand ein Memorandum, das von den drei Benelux-Ländern, mit Joseph Bech als Vertreter Luxemburgs, vorgelegt worden war. Dieses Dokument führte französische und niederländische Pläne zusammen, in denen es um neue Initiativen in den Bereichen Verkehr und Energie, insbesondere Kernkraft, sowie um einen allgemeinen gemeinsamen Markt ging. Ein Schwerpunkt war die Forderung nach einer gemeinsamen Behörde mit realen Machtbefugnissen.

1959 trat Bech als Außenminister zurück und zog sich 1964 von der politischen Bühne zurück.

Marga Klompé

1912-1986



Die Naturwissenschaftlerin und Lehrerin Marga Klompé war während des Zweiten Weltkriegs als Widerstandskämpferin in den Niederlanden aktiv. Sie erhielt 1948 einen Sitz im niederländischen Parlament und nahm an den Verhandlungen zur Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte der Vereinten Nationen teil.

Klompé war das erste weibliche Mitglied der Gemeinsamen Versammlung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Vorläuferin des heutigen Europäischen Parlaments, die 1952 erstmals zusammentrat.

1955 wurde Klompé in eine von der Versammlung eingerichtete Arbeitsgruppe berufen, die sich mit Fragen einer besseren Umsetzung und Erweiterung der Befugnisse der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sowie mit der Schaffung eines Binnenmarkts befasste, der über den Kohle- und Stahlsektor hinausging. 1956 verließ sie die Versammlung, um in der Mitte-links-Koalition unter Ministerpräsident Willem Drees als erste Frau in den Niederlanden ein Ministeramt zu übernehmen.



© Nijs, Jac. De, Nationalarchiv der Niederlande / Anefo

Marga Klompé mit dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Jan de Quay (links) und dem Direktor des Sozialdienstes, Jan Verhoeven (rechts), während einer Debatte im Repräsentantenhaus am 16. Januar 1967

Einer ihrer größten Erfolge als Ministerin für Sozialarbeit war die Einführung eines allgemeinen Sozialhilfegesetzes, das an die Stelle des früheren Armengesetzes trat. Dieses Gesetz, das 1965 in Kraft trat, verlieh allen Bürgern das Recht auf sozialen Schutz.

Von 1966 bis 1971 war sie Ministerin für Kultur, Erholung und Sozialarbeit im Kabinett von Ministerpräsident Piet de Jong. 1971 wurde Klompé der Titel Staatsministerin verliehen, eine Auszeichnung, mit der in den Niederlanden hochrangige Politikerinnen und Politiker am Ende ihrer Karriere für große Verdienste geehrt werden.

Auch nach ihrem Ausscheiden aus der Politik setzte sie sich für internationale Gerechtigkeit und soziale Verantwortung ein; so kritisierte sie das Apartheid-Regime in Südafrika. Klompé war tief im katholischen Glauben verwurzelt. Papst Paul VI. berief sie zur Vorsitzenden der niederländischen Kommission für Frieden und Gerechtigkeit. Sie war Gründungsmitglied des Vereins katholischer Hochschulabsolventinnen und des Freiwilligendienstes katholischer Frauen.

Winston Churchill

1874-1965



Der Name Winston Churchill ruft bei vielen Menschen das Bild einer imposanten Person hervor, die beim Paffen einer Zigarre ein Siegeszeichen macht. Diese bekannte Darstellung ist nur eine Facette des ehemaligen Armeeeoffiziers, Kriegsberichterstatters und britischen Premierministers, der eine Nation im Bombenhagel zusammenschweißte.

Dabei wird oft übersehen, dass Winston Churchill sich für die Idee der europäischen Integration einsetzte und als einer der Ersten die Schaffung der „Vereinigten Staaten von Europa“ forderte. Er war eine der vielen Führungspersönlichkeiten, die aufgrund ihrer Kriegserfahrungen zu der Überzeugung gelangten, dass nur ein vereintes Europa den Frieden sichern konnte.

In einer seiner berühmtesten Reden rief er den Menschen am 4. Juni 1940 zu: „Wir werden an den Stränden kämpfen!“ Allerdings wird eine weitere berühmte Ansprache manchmal übersehen: die Rede, die Churchill 1946 an der Universität Zürich hielt. Darin forderte er die Europäer auf, die Schrecken der Vergangenheit hinter sich zu lassen und in die Zukunft zu blicken. Er erklärte, dass der erste



Der Präsident der Beratenden Versammlung des Europarates Paul Henri Spaak, der französische Politiker Paul Reynaud, der britische Premierminister Winston Churchill und der französische Außenminister Robert Schuman bei der Sitzung der Beratenden Versammlung in Straßburg am 11. August 1950.

Schritt wäre, die „europäische Völkerfamilie“ von Gerechtigkeit, Nachsicht und Freiheit wiederherzustellen und „eine Art Vereinigte Staaten von Europa zu schaffen. Nur so können Hunderte Millionen sich abmühender Menschen wieder die einfachen Freuden und Hoffnungen erlangen, die das Leben lebenswert machen“.

Mit dieser Forderung gehörte Churchill zu den ersten Unterstützern einer europäischen Integration, die verhindern sollte, dass sich die Gräueltaten der beiden Weltkriege noch einmal wiederholen. Als ersten Schritt rief er zur Gründung eines Europarates auf.

Als 1948 in Den Haag 800 Delegierte aus allen europäischen Ländern zusammenkamen, saß Churchill diesem großen Europakongress als Ehrenpräsident vor. Kurz darauf wurde am 5. Mai 1949 der Europarat gegründet, an dessen erster Zusammenkunft Churchill persönlich teilnahm.



© Europäische Union

Helmut Kohl

1930-2017

und

François Mitterrand

1916-1996



© Europäische Union

Wer hätte gedacht, dass zwei der größten europäischen Staatsmänner der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts so eng zusammenarbeiten würden? Der deutsche Bundeskanzler Helmut Kohl und der französische Präsident François Mitterrand sind in einer Zeit geboren und aufgewachsen, in der sich ihre Nationen in zwei katastrophalen Kriegen gegenüberstanden.

Kohl und Mitterrand setzten sich unermüdlich dafür ein, die Nachkriegsbeziehungen zwischen Frankreich und Deutschland zu verbessern, und betonten dabei stets, wie wichtig der Frieden zwischen ihren Nationen für das Streben nach europäischer Integration ist. Das Bild der beiden Staats- und Regierungschefs, die sich am 22. September 1984 anlässlich des 70. Jahrestags des Beginns des Ersten Weltkriegs an den Händen hielten, ist ein symbolträchtiges und bewegendes Zeichen, das weltweit große Beachtung fand.



Helmut Kohl spricht nach dem Fall der Berliner Mauer am 22. November 1989 zu den Abgeordneten des Europäischen Parlaments in Straßburg.

Helmut Kohl

Helmut Kohl wurde 1930 in Ludwigshafen geboren. Nach seinen beruflichen Anfängen an der Universität war er in der Wirtschaft tätig und wechselte schließlich in die Politik. Im Jahr 1959 wurde er zum Vorsitzenden des Kreisverbands der Christlich-Demokratischen Union (CDU) seiner Heimatstadt gewählt und machte rasch in der Lokal- und Landespolitik Karriere. Als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz (und damals jüngster gewählter Regierungschef in Deutschland) und Vorsitzender der CDU schlug er den Weg Richtung Kanzleramt der Bundesrepublik Deutschland ein.

1982 wurde die damalige Bundesregierung durch ein von der CDU initiiertes Misstrauensvotum gestürzt. Daraufhin wurde Kohl vom Bundestag zum Kanzler gewählt. Ein Jahr später festigte er seine Machtposition durch den eindrucksvollen Sieg bei der Bundestagswahl 1983.

Die wohl wichtigste politische Leistung Helmut Kohls ist sein Einsatz für ein wiedervereintes Deutschland. Als erster Bundeskanzler empfing er offiziell den Staatsratsvorsitzenden der Deutschen Demokratischen Republik, und nach dem Fall der Berliner Mauer setzte er sich beharrlich für die Wiedervereinigung Deutschlands ein. 1990 unterzeichneten und ratifizierten beide Parlamente einen Einigungsvertrag, mit dem das geteilte Land nach 45 Jahren wiedervereint wurde und Kohls Vision eines geeinten Europas der Verwirklichung einen Schritt näher rückte.



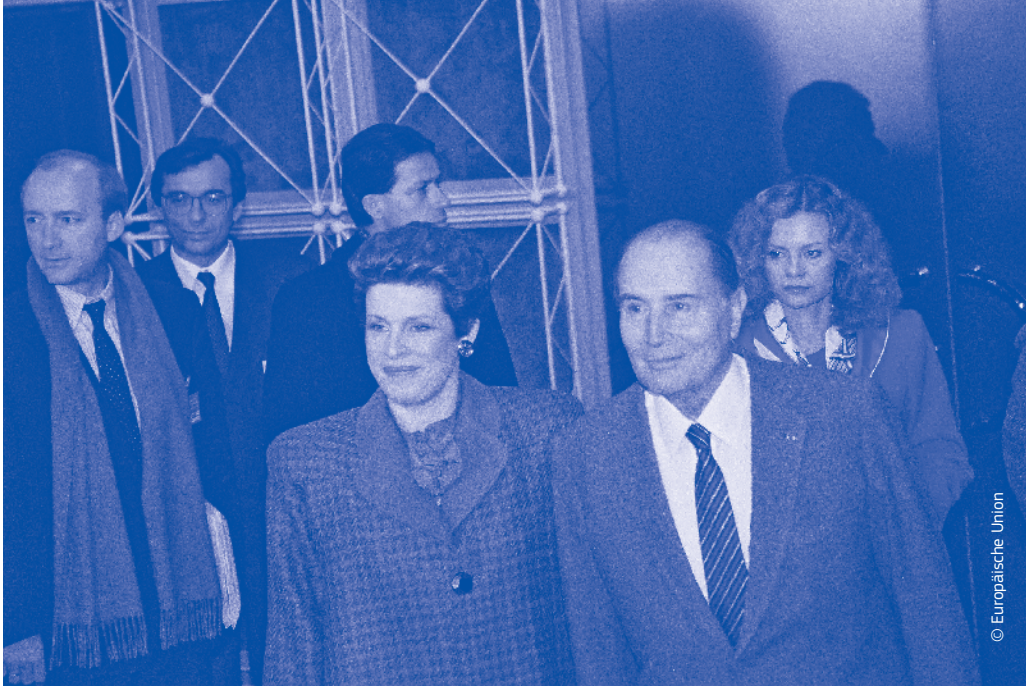
François Mitterrand und Helmut Kohl am 22. September 1984 bei der Feier zum Gedenken an die in den beiden Weltkriegen gefallenen französischen und deutschen Soldaten auf dem Friedhof Douaumont im französischen Verdun

François Mitterrand

François Mitterrand wurde 1916 im französischen Département Charente geboren. Seine politischen Wurzeln liegen im nationalistisch-konservativen Lager. Bei Ausbruch des Zweiten Weltkriegs wurde er zum Dienst an der Front eingezogen und geriet 1940 in deutsche Kriegsgefangenschaft. Nach seiner Flucht arbeitete er eine Zeit lang für das französische Vichy-Regime, bevor er sich der Linken und dem französischen Widerstand anschloss. Er baute ein Netzwerk mit anderen Kriegsgefangenen und bewaffneten französischen Widerstandsgruppen auf, bevor er nach London fliehen musste.

Nach dem Krieg festigte Mitterrand seine Position als linker Gegenspieler von Charles de Gaulle und wurde schließlich Vorsitzender der Sozialistischen Partei Frankreichs. 1981 wurde er zum Präsidenten gewählt und führte die seit 23 Jahren erste sozialistische Regierung Frankreichs an.

Während seiner Präsidentschaft unterstützte Mitterrand die Erweiterung der EU, indem er Spanien und Portugal zum Beitritt ermutigte. Als Verfechter eines stärker integrierten Europas machte er sich für die Unterzeichnung der Einheitlichen Europäischen Akte im Jahr 1986 stark, mit der die rechtlichen Grundlagen für einen europäischen Binnenmarkt geschaffen wurden.



Ankunft von François Mitterrand, Präsident der Französischen Republik, zu einer Tagung des Europäischen Rates im französischen Straßburg am 12. Dezember 1989

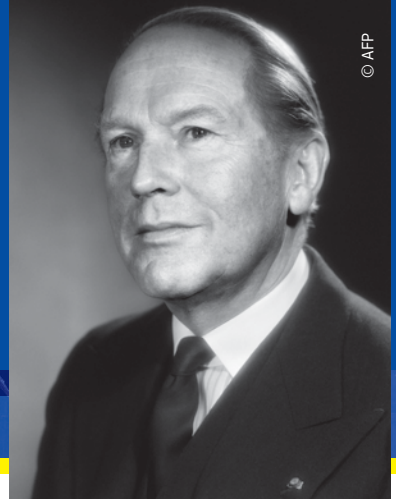
Das berühmte Foto von Kohl und Mitterrand während einer Gedenkfeier in Verdun, dem Schauplatz einer der längsten Schlachten des Ersten Weltkriegs, veranschaulicht, was Deutschland, Frankreich und Europa seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs erreicht haben.

In Anerkennung ihrer enormen Bemühungen um die deutsch-französischen Beziehungen erhielten sie im Jahr 1988 gemeinsam den Karlspreis, der für Verdienste um die europäische Einigung verliehen wird.

Helmut Kohl war mit einer Amtszeit von 16 Jahren der dienstälteste deutsche Bundeskanzler des 20. Jahrhunderts. François Mitterrand war 14 Jahre lang Präsident der Französischen Republik – länger als jeder andere Präsident in der französischen Geschichte. Helmut Kohl verstarb 2017, François Mitterrand 1996. Beide hatten sich über Jahrzehnte hinweg um ihre Heimatländer und um Europa verdient gemacht.

Johan Willem Beyen

1897-1976



Der niederländische Politiker Johan Willem Beyen überzeugte seine Kolleginnen und Kollegen aus Europa von seinen Plänen für eine umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit. Als Beyen Mitte der 1950er-Jahre seinen Vorschlag für eine Zollunion formulierte, war ihm klar, dass es schwierig war, die widerstrebenden Kräfte in seiner Heimat, den Niederlanden, wie auch im übrigen Europa davon zu überzeugen, mehr europäische Integration zu akzeptieren.

Die Schuman-Erklärung vom 9. Mai 1950 und die anschließende Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl 1952 waren zwei Meilensteine auf dem Weg zum Wiederaufbau Europas nach dem Krieg. Einer weiteren Integration, insbesondere in wirtschaftlicher Hinsicht, standen viele führende Politiker in der Gemeinschaft jedoch skeptisch gegenüber. Beyen hingegen war der Überzeugung, dass die Zeit reif sei für eine noch stärkere Zusammenarbeit zwischen den europäischen Nationen.

Im Mittelpunkt seines Plans stand der Grundgedanke, dass eine umfassende wirtschaftliche Zusammenarbeit notwendig war, und zwar nicht nur in den Bereichen Kohle und Stahl. Die Lösung war daher ein gemeinsamer umfassender



Johan Willem Beyen (ganz links) mit dem Italiener Gaetano Martino, dem Luxemburger Joseph Bech, dem Franzosen Antoine Pinay, dem Deutschen Walter Hallstein und dem Belgier Paul-Henri Spaak beim Treffen der sechs Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl auf der Konferenz von Messina vom 1. bis 3. Juni 1955

Markt. Dabei galt die Kooperation zwischen Belgien, Luxemburg und den Niederlanden, die 1944 im Benelux-Vertrag begründet worden war, als Vorbild.

Bei der Vorstellung seines Plans auf der Konferenz von Messina im Jahr 1955 erläuterte Beyen den Gedanken, dass die politische Einheit, auf die die meisten (wenn nicht sogar alle) Teilnehmer hofften, ohne einen gemeinsamen Markt mit einer gemeinsamen Verantwortung für die Wirtschafts- und Sozialpolitik nicht zu erreichen sei. Der Beyen-Plan wurde angenommen, und im März 1957 unterzeichneten sechs Länder die Römischen Verträge und gründeten die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und die Europäische Atomgemeinschaft.

Man könnte sich fragen, wie die europäische Integration ohne die Rolle von Willem Beyen vorangeschritten wäre. Seine Umsetzung des Plans verlieh dem europäischen Projekt neuen Schwung, als es am nötigsten war. Dadurch trug er zur Schaffung der Europäischen Union bei, wie wir sie heute kennen.

Ursula Hirschmann

1913-1991



© Historische Archive der Europäischen Union

Ursula Hirschmann wurde in Berlin als Tochter einer jüdischen Familie der Mittelschicht geboren und trat 1932 der Jugendorganisation der Sozialdemokratischen Partei bei, die sich dem Vormarsch der Nazis entgegenstellte. Nachdem sie dem jungen italienischen Philosophen und Sozialisten Eugenio Colorni begegnet war, den sie später heiratete, schloss sich Ursula Hirschmann in dessen Heimatland Italien der im Untergrund tätigen antifaschistischen Opposition an.

Als ihr Ehemann Colorni festgenommen und auf der Insel Ventotene inhaftiert wurde, folgte sie ihm dorthin. Auf der Insel lernten sie Ernesto Rossi und Altiero Spinelli kennen, die 1941 gemeinsam das Manifest von Ventotene „für ein freies und geeintes Europa“ verfassten, das heute gemeinhin als Ausgangspunkt für den europäischen Föderalismus gilt.

Das Manifest war eine Skizze für eine demokratische Europäische Union, die nach dem Krieg geschaffen werden sollte. Es forderte einen Bruch mit Europas Vergangenheit, um durch eine Umstrukturierung der Politik und umfassende Sozialreformen ein neues politisches System hervorzubringen. Ursula Hirschmann schmuggelte das Manifest zum italienischen Festland und half bei dessen Verbreitung. Es wurde von vielen Menschen gelesen, die am italienischen Widerstand gegen die Nazis beteiligt waren.



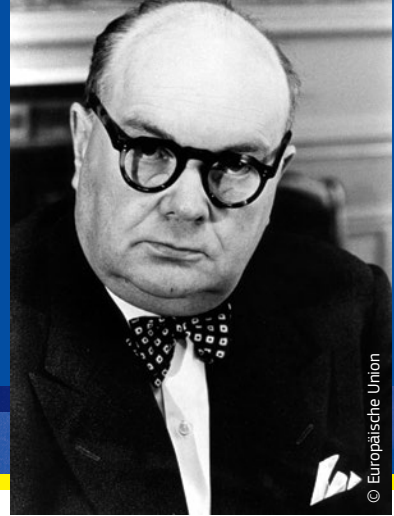
Nach ihrer Flucht von Ventotene gelangte Hirschmann nach Mailand und gründete mit Spinelli und anderen Aktivisten 1943 die Europäische Föderalistische Bewegung (Movimento Federalista Europeo). In Mailand fand im August desselben Jahres die konstituierende Sitzung der Bewegung statt, in deren Rahmen die auf Ventotene erarbeiteten sechs Eckpunkte des föderalistischen Plans festgeschrieben wurden.

Eugenio Colorni wurde 1944 in Rom von Faschisten ermordet. Im folgenden Jahr heiratete Ursula Hirschmann Altiero Spinelli. Sie flohen in die Schweiz, wo sie gemeinsam an der internationalen Verbreitung der Europäischen Föderalistischen Bewegung arbeiteten. Dadurch war Ursula Hirschmann auch an der Organisation des ersten internationalen föderalistischen Kongresses 1945 in Paris beteiligt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg stellte Hirschmann ihr politisches Engagement jedoch nicht ein. 1975 gründete sie in Brüssel die Vereinigung Femmes pour l'Europe (Frauen für Europa).

Paul-Henri Spaak

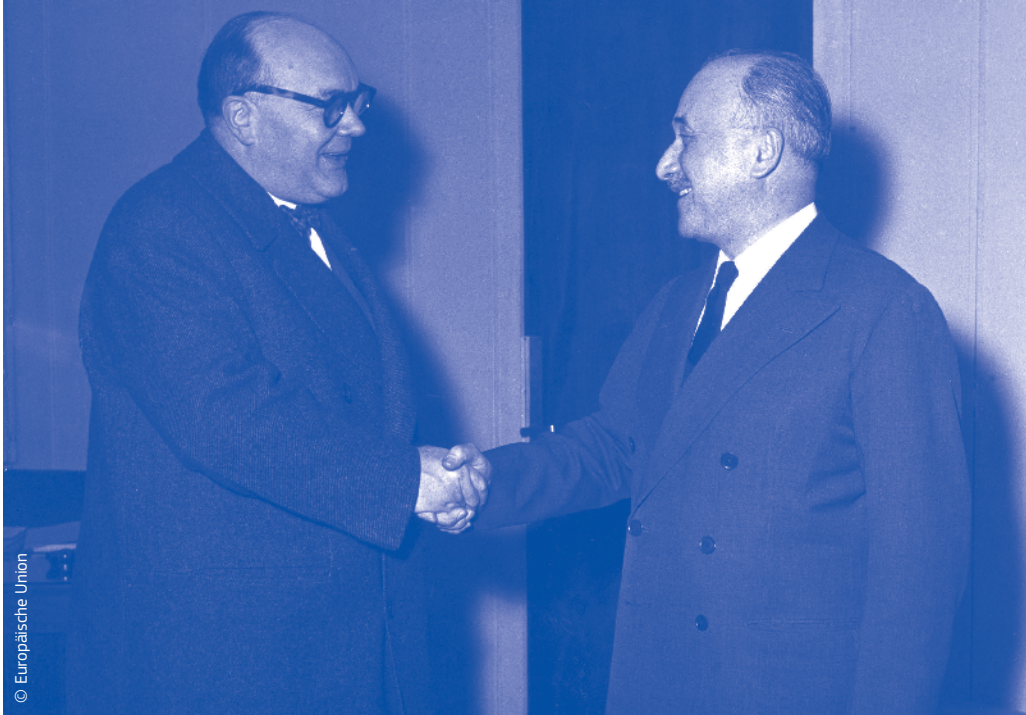
1899-1972



Paul-Henri Spaak geriet im Ersten Weltkrieg in deutsche Kriegsgefangenschaft und war während des Zweiten Weltkriegs belgischer Außenminister im Exil. Spaak war ein weiterer großer Pionier der EU, der die Schrecken des blutigsten Jahrhunderts in Europa miterlebte.

Nach den Verwüstungen des Zweiten Weltkriegs sah Spaak eine Chance, Europa durch wirtschaftliche und politische Zusammenarbeit wiederaufzubauen. In seinem Londoner Exil formulierte er gemeinsam mit seinen Kollegen aus den Niederlanden und Luxemburg ein überaus ehrgeiziges Projekt: eine Zollunion zwischen Belgien, den Niederlanden und Luxemburg.

1944 wurde der Plan verwirklicht und die Benelux-Zollunion geboren. Innerhalb der drei Länder sollte der freie Verkehr von Geld, Personen, Waren und Dienstleistungen garantiert werden. Dies wurde zum leuchtenden Beispiel für die weitere europäische Integration.



Paul-Henri Spaak begrüßt Jean Monnet.

Für Spaak war die Einigung der Staaten durch verbindliche Vertragsverpflichtungen das wirksamste Mittel zur Sicherung von Frieden und Stabilität. In seiner Funktion als Präsident der ersten Vollversammlung der Vereinten Nationen (1946) und als Generalsekretär der NATO (1957-1961) trug er zur Verwirklichung dieser Ziele bei.

Während der Konferenz von Messina, zu der 1955 die europäischen Staats- und Regierungschefs zusammenkamen, schlugen die drei Benelux-Länder die Schaffung eines gemeinsamen Markts und die Integration in den Sektoren Transport und Atomenergie vor. Dieser Spaak-Bericht bildete die Grundlage der Regierungskonferenz für den Gemeinsamen Markt und Euratom von 1956 und führte zu den Römischen Verträgen, mit deren Unterzeichnung am 25. März 1957 die Schaffung einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft und der Europäischen Atomgemeinschaft im Jahr 1958 festgelegt wurde. Spaak unterzeichnete den Vertrag für Belgien.

Melina Mercouri

1920-1994



Die griechische Schauspielerin und Politikerin Melina Mercouri tat alles in ihrem Leben mit Leidenschaft. Das gilt für ihr Wirken auf Bühne und Leinwand in jungen Jahren ebenso wie für ihren Kampf gegen die faschistische Militärjunta, die 1967 in Griechenland putschte, oder ihren Einsatz für den Schutz und die Förderung der Kultur während ihrer politischen Laufbahn.

Bevor Mercouri als Filmstar internationale Berühmtheit erlangte, war sie in Griechenland eine bekannte Theaterschauspielerin. Der Militärputsch von 1967, bei dem rechtsgerichtete Armeeeoffiziere in Griechenland die Macht übernahmen, veranlasste sie, sich politisch zu engagieren. Mercouri wurde bald zu einer der prominentesten Anführerinnen der Bewegung der im Ausland lebenden Griechinnen und Griechen zum Sturz der Junta. Brigadegeneral Stylianos Pattakos erkannte ihr deswegen die griechische Staatsbürgerschaft ab. Sie reagierte darauf mit den berühmten Worten „Ich bin als Griechin geboren und werde als Griechin sterben. Herr Pattakos ist als Faschist geboren. Er wird als Faschist sterben.“

Sie war in aller Welt unterwegs, um gegen die Diktatur zu kämpfen, schärfte das Bewusstsein für die Lage in Griechenland und forderte die Isolierung und Absetzung der Obristen. Wegen dieser offenen Opposition wurde in Italien ein Anschlag auf ihr Leben verübt. Mercouri setzte ihren Kampf gegen die Junta jedoch unbeirrt fort, bis diese 1974 gestürzt wurde.



Melina Mercouri im Gespräch mit der Presse vor der Vorstellung der ersten Europäischen Kulturhauptstadt 1985 in Athen

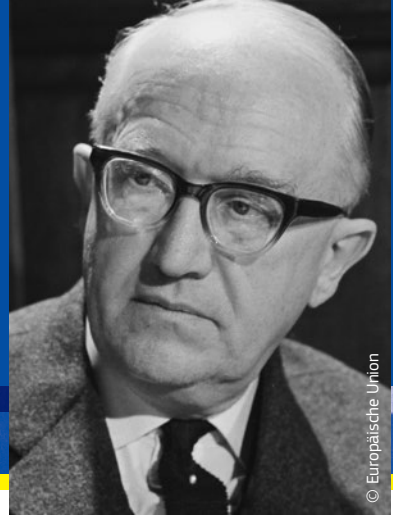
Nach der Wiedererrichtung der Demokratie kehrte Mercouri nach Griechenland zurück, wo sie den Aufbau der Panhellenischen Sozialistischen Bewegung (PASOK) unterstützte und sich in der Frauenbewegung des Landes engagierte. Sie wurde 1977 ins griechische Parlament gewählt. Als ihre Partei 1981 die Wahlen gewann, wurde Mercouri Kulturministerin. In den acht Jahren, in denen sie dieses Amt innehatte, machte sie die Kulturpolitik zu einem zentralen Bereich der griechischen Politik.

Einer ihrer größten Erfolge war die Einrichtung der Kulturhauptstädte Europas, wobei Athen 1985 als erste Hauptstadt diesen Titel tragen durfte. Die Initiative ging zurück auf ein Treffen mit den Kulturministerinnen und -ministern der zehn EU-Mitgliedstaaten während des ersten griechischen EU-Ratsvorsitzes 1983.

Während der zweiten griechischen Ratspräsidentschaft 1988 machte sich Mercouri in einer Zeit großer Umwälzungen für den Dialog und die Zusammenarbeit mit den Ländern Osteuropas stark. Nach dem Ende des Kalten Krieges und dem Fall des Eisernen Vorhangs engagierte sie sich in führender Position für die Initiative „Europäischer Kulturmonat“, der besonderen Fokus auf die mittel- und osteuropäischen Länder legte.

Walter Hallstein

1901-1982



Als erster Präsident der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (1958-1967) drängte Walter Hallstein auf eine Verwirklichung des Gemeinsamen Marktes und eine rasche europäische Integration.

Hallsteins Engagement für die europäische Einheit, seine Erfahrung und sein Wissen hatten Bundeskanzler Konrad Adenauer dazu bewogen, ihn 1950 zum Leiter der Delegation Westdeutschlands auf der Schuman-Konferenz zu ernennen, die zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl führte.

International bekannt wurde Hallstein als Staatssekretär im deutschen Außenministerium durch die „Hallstein-Doktrin“ der 1950er-Jahre, die Westdeutschlands Außenpolitik auf Jahre prägen sollte. Doch gerade sein Einsatz für die wirtschaftliche Integration Europas kennzeichnet seine Bedeutung als Pionier der EU.



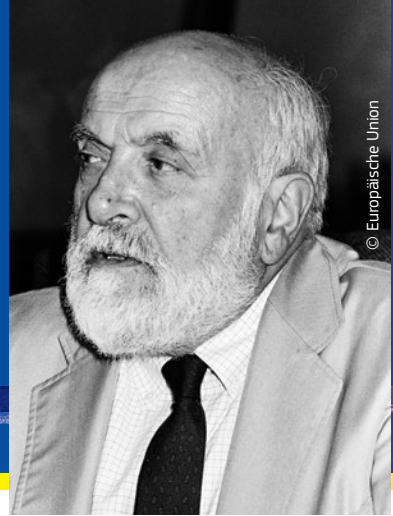
Walter Hallstein (ganz rechts) erhebt das Glas mit Robert Schuman (ganz links) und anderen.

Hallstein war ein überzeugter Verfechter einer Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft zur Verwirklichung der europäischen Einheit. Die Weichen für diese wirtschaftliche Integration wurden 1955 auf der Konferenz von Messina gestellt.

Hallstein befürwortete zunächst eine umfassende und schnellstmöglich durchzusetzende Integration, erkannte dann jedoch, dass eine schrittweise Verschmelzung der Märkte der Mitgliedstaaten unter den damaligen politischen Umständen allen Beteiligten den größten Vorteil bringen würde. 1958 wurde Hallstein zum ersten Präsidenten der Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft ernannt. Er trat sein Amt mit einem Ziel an: der Vision eines geeinten Europas, wie sie im Schuman-Plan vom 9. Mai 1950 niedergelegt worden war.

Altiero Spinelli

1907-1986



Altiero Spinelli war einer der Autoren des Manifests von Ventotene, eines der ersten Dokumente, in denen die Schaffung eines geeinten Europas und einer europäischen Verfassung befürwortet wurde. Während seiner Inhaftierung von 1927 bis 1943 auf der Insel Ventotene durch das italienische faschistische Regime schrieb er das Manifest heimlich auf Zigarettenpapier zusammen mit anderen politischen Gefangenen. Spinellis Einsatz in der Kommunistischen Partei Italiens hatte zu seiner Inhaftierung durch das faschistische Sondergericht von Benito Mussolini geführt.

Nach dem Zweiten Weltkrieg gründete Spinelli in Italien die Europäische Föderalistische Bewegung (Movimento Federalista Europeo) und war in den 1940er- und 1950er-Jahren ein entschiedener Verfechter der föderalistischen Sache eines geeinten Europas. In den 1960er-Jahren gründete er das Institut für Internationale Angelegenheiten in Rom und war 1970 bis 1976 Mitglied der Europäischen Kommission. 1979 wurde er ins Europäische Parlament gewählt.

1980 gründete er gemeinsam mit anderen Mitgliedern des Europäischen Parlaments, die ebenfalls die föderalistische Idee unterstützten, den „Club



Eröffnungssitzung der Konferenz über Industrie und Gesellschaft in der Europäischen Gemeinschaft, Venedig, 20. April 1972 (von links nach rechts): Marcel Mart (luxemburgischer Wirtschaftsminister), Altiero Spinelli, Graf Vittorio Cini und Yves Le Portz (Präsident der Europäischen Investitionsbank)

Crocodile“. Dieser Club war nach dem Restaurant in Straßburg benannt, in dem sie sich trafen. Das Ziel des Clubs war ein neuer europäischer Vertrag. Die Mitglieder beantragten im Parlament die Einsetzung eines Sonderausschusses, der einen Vorschlag für einen neuen Vertrag ausarbeiten sollte. Dieser Vertrag sollte, wenn auch nicht dem Namen nach, in jeder Hinsicht eine europäische Verfassung sein.

Am 14. Februar 1984 billigte das Europäische Parlament Spinellis Antrag mit überwältigender Mehrheit und nahm den „Entwurf eines Vertrages zur Gründung der Europäischen Union“, den sogenannten Spinelli-Entwurf, an.

Auch wenn die nationalen Parlamente dem Vertrag nicht zustimmten, so bildete das Dokument doch eine Grundlage für die Einheitliche Europäische Akte von 1986, die das Ziel eines Binnenmarkts festlegte, und für den Maastrichter Vertrag von 1992, durch den die Europäische Union gegründet wurde.

Nilde Iotti

1920-1999



© Europäische Union

Leonilde „Nilde“ Iotti gehörte während des Zweiten Weltkriegs dem Widerstand an und wurde zu einer prägenden Figur der Kommunistischen Partei Italiens. Nach dem Krieg wurde sie Vorsitzende der Union der italienischen Frauen. Nach der Einführung des Frauenwahlrechts im Jahr 1945 fand Iotti bei den Wählerinnen breite Zustimmung und wurde 1946 in die verfassungsgebende Versammlung gewählt, eine Parlamentskammer, die mit der Ausarbeitung einer neuen republikanischen Verfassung beauftragt war. Iotti war für den Entwurf des familienpolitischen Teils der Verfassung verantwortlich.

Im Jahr 1948 wurde sie Mitglied der Abgeordnetenversammlung des italienischen Parlaments. Von 1979 bis 1992 war sie Präsidentin der Abgeordnetenversammlung und damit die erste Frau und die erste Kommunistin Italiens in einem hohen Amt.

Während ihrer gesamten politischen Laufbahn kämpfte Iotti für die Rechte der Frauen. Sie setzte sich erfolgreich für zeitgemäße Scheidungs- und Abtreibungsgesetze in ihrem Heimatland ein, die für die Mitglieder der Frauenbewegung hohe Priorität hatten. Sie bemühte sich auch um Versöhnung und Ausgleich und rief ihre jüngeren Genossinnen und Genossen in der Kommunistischen Partei dazu auf, die Ansichten der katholischen Frauen zu solchen Themen nicht zu ignorieren.



Nilde Iotti während der Wahl der Präsidentin des Europäischen Parlaments 1979

Iotti war eine Politikerin, die sich der Idee eines gerechten Europas mit gleichen Chancen für alle verpflichtet fühlte und ihren Kampf für das allgemeine Wahlrecht auf die europäische Bühne brachte. 1969 wurde sie Mitglied des Europäischen Parlaments. Während ihrer gesamten Zeit als Europaabgeordnete setzte sie sich vorrangig für offene Wahlen zum Europäischen Parlament ein, in denen die europäischen Bürgerinnen und Bürger ihre Vertreter direkt wählen konnten. Nach Iottis Ansicht würde die Wahl durch das Volk dem Parlament ein unerschütterliches Mandat verleihen, im Namen der Bürgerinnen und Bürger zu handeln.

Die Bemühungen von Iotti und ihren Kolleginnen und Kollegen wurden 1979 mit den ersten Direktwahlen zum Europäischen Parlament belohnt. Kurz darauf endete Iottis zehnjährige Amtszeit im Parlament, in der sie auch Mitglied des Ausschusses für Auswärtige Angelegenheiten gewesen war. Sie blieb Europa aber weiterhin verbunden. 1997 wurde sie zur Vizepräsidentin des Europarats gewählt, der führenden Menschenrechtsorganisation Europas mit 47 Mitgliedstaaten.

Nicole Fontaine

1942-2018



Schon ganz zu Beginn ihrer parlamentarischen Laufbahn in ihrer Heimat Frankreich arbeitete Nicole Fontaine für ein Europa der Bürgerinnen und Bürger. Dabei konzentrierte sie sich auf Projekte im Bereich der Bildung junger Menschen und der gegenseitigen Anerkennung akademischer Qualifikationen sowie auf die Rechte der Frau und die Gleichstellung der Geschlechter.

Nicole Fontaine war die zweite Präsidentin des Europäischen Parlaments (1999–2002) und eine überzeugende Politikerin. Sie engagierte sich für Europa und reformierte die Arbeitsweise des Parlaments, um es den europäischen Bürgerinnen und Bürgern näher zu bringen.

Bei ihrer Antrittsrede als Präsidentin vor dem Europäischen Rat in Tampere (Finnland) im Oktober 1999 betonte sie, wie wichtig es ist, den alltäglichen Sorgen der Menschen Rechnung zu tragen. Sie plädierte für ehrgeizige Pläne mit dem Ziel, „der Union eine Charta der Grundrechte zu geben“. Im Dezember 2000 unterzeichnete sie die Charta der Grundrechte im Namen des Europäischen Parlaments.

Für ihr diplomatisches Geschick war sie weithin anerkannt. Im Jahr 1999 beschrieb *The Economist* sie als „konsensorientierte, koalitionsschmiedende Mittlerin ..., die nirgendwo heimischer ist als in den byzantinischen Korridoren Europas, wo sie parteiübergreifende Unterstützung organisiert und mit ihrem strahlenden Lächeln Kompromisse herbeiführt“.



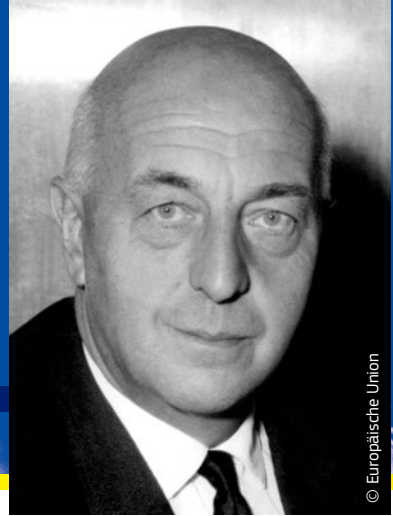
Nicole Fontaine empfängt drei Afghaninnen, die Kabul heimlich verlassen haben, um gegen die Behandlung von Frauen in ihrem Heimatland zu protestieren, 3. Mai 2001.

Im Rahmen ihrer unermüdlichen Arbeit für Dialog und Frieden vermittelte sie im Jahr 2000 eine Zusammenkunft der Präsidenten des israelischen und des palästinensischen Parlaments zu einem historischen Handschlag in Straßburg. Im April 2001 lud sie den Vizepräsidenten Afghanistans, Kommandant Ahmed Schah Massud, zu einem Besuch nach Straßburg ein, um über die Lage in seinem Land zu sprechen. Sie war insbesondere über die Not der afghanischen Frauen besorgt. Im darauffolgenden Monat lud sie drei Frauen, die heimlich aus Kabul geflohen waren, ins Europäische Parlament ein, um dort von ihrem Leben zu berichten und ihre Geschichte zu erzählen. Sie beschrieb dieses Treffen als einen der „bewegendsten Momente“ ihrer Präsidentschaft.

Nicole Fontaine erhielt mehrere Auszeichnungen für ihr Engagement für die europäischen Ideale, darunter die Robert-Schuman-Medaille und den *Commandeur dans l'Ordre National du Mérite* (Komtur des nationalen Verdienstordens Frankreichs).

Sicco Mansholt

1908-1995



Sicco Mansholt war während des Zweiten Weltkriegs Mitglied des niederländischen Widerstands und Zeuge der schrecklichen Hungersnot in den Niederlanden am Ende des Krieges. Vor dem Krieg war Mansholt Landwirt gewesen. Auf diese Erfahrungen konnte er in seiner neuen Rolle als Landwirtschaftsminister der niederländischen Nachkriegsregierung zurückgreifen.

Da Nahrungsmittel äußerst knapp waren und sich eine Krise abzeichnete, ergriff Mansholt eine Reihe von Maßnahmen, um die Nahrungsmittelversorgung rasch wiederherzustellen. Zugleich erkannte er die Notwendigkeit, die Landwirtschaft zu modernisieren, um künftige Engpässe zu vermeiden. Er legte Mindestpreise für die wichtigsten landwirtschaftlichen Erzeugnisse sowie Einfuhrzölle und Exportsubventionen fest.

Mansholt war davon überzeugt, dass Europa autark werden und dass eine stabile Versorgung mit erschwinglichen Nahrungsmitteln für alle gewährleistet werden müsse.

1950 entwickelte er einen Plan für einen gemeinsamen Markt für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Europa mit einer supranationalen Verwaltungsstruktur. Dieser Plan diente später als Ausgangspunkt für die Agrarpolitik der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft.



Sicco Mansholt bei einer Sitzung im Europäischen Parlament in Brüssel im Juni 1987

Mansholt konnte seine Pläne für eine gemeinsame Agrarpolitik auf den Weg bringen, als er 1958 in der allerersten Europäischen Kommission zum Kommissar für Landwirtschaft ernannt wurde. Seine Pläne stießen zunächst auf einigen Widerstand bei den Landwirten und ihren politischen Vertretern, die davon überzeugt waren, dass dieser gemeinsame Ansatz ihre Existenz bedrohen würde und dass nur große Betriebe überleben könnten.

Auf dem Weg zur Einigung auf eine gemeinsame europäische Politik mussten viele Hindernisse überwunden werden, aber Mansholt blieb hartnäckig, und 1968 veröffentlichte die Kommission das „Memorandum zur Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik“, das auch als Mansholt-Plan bezeichnet wird. Im Wesentlichen besagte der Plan, dass die Landwirte ihre Betriebe modernisieren müssten, damit die Landwirtschaft sich positiv entwickeln könne. Dies würde die Produktivität gewährleisten und die Autarkie der europäischen Landwirte ermöglichen.

Anna Lindh

1957-2003



Ylva Anna Maria Lindh engagierte sich schon in jungen Jahren politisch und war eine der einflussreichsten Persönlichkeiten in der jüngeren schwedischen Politik. Anna Lindh wurde 1957 geboren, studierte Jura an der Universität Uppsala und wurde 1982 in den schwedischen Reichstag gewählt. Zwölf Jahre später übernahm sie ihren ersten Kabinettsposten als Umweltministerin.

1998 wurde Lindh als Außenministerin in das Kabinett von Ministerpräsident Göran Persson berufen. Die Medien bezeichneten sie als „Perssons Kronprinzessin“, weil der schwedische Ministerpräsident sie offensichtlich zu seiner Nachfolgerin an der Spitze der Partei und später des Landes aufbauen wollte.

Anna Lindh war bekannt für ihre direkte Art und ihre offene Kritik, vor allem in Menschenrechtsfragen. In Moskau kritisierte sie das russische Vorgehen in Tschetschenien scharf. Sie trat entschieden für eine Zweistaatenlösung im Nahen Osten ein und war eine erbitterte Gegnerin der Politik des damaligen israelischen Premierministers Ariel Sharon gegenüber den Palästinensern. Sie lehnte den Krieg gegen den Irak mit der Begründung ab, dass er von den Vereinten Nationen nicht gebilligt worden sei, und äußerte scharfe Kritik an den Vereinigten Staaten wegen der Behandlung von Gefangenen in Guantánamo Bay.



Anna Lindh (schwedische Außenministerin) und Göran Persson (schwedischer Ministerpräsident) bei der feierlichen Unterzeichnung des Beitrittsvertrags der künftigen EU-Mitgliedstaaten in Athen am 16. April 2003

Anna Lindh trug maßgeblich zur Stärkung der Präsenz Schwedens in der Europäischen Union bei, als sie während der schwedischen Ratspräsidentschaft 2001 den Vorsitz bei den Außenministertreffen übernahm. Als sich 2001 ein Konflikt in der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien (dem heutigen Nordmazedonien) abzeichnete, trug Lindh als amtierende EU-Ratspräsidentin maßgeblich dazu bei, die Fäden der ansonsten sehr unterschiedlichen Außenpolitik der einzelnen EU-Mitgliedsländer zusammenzuführen und so einen Krieg zu verhindern.

Lindh blieb während ihrer gesamten politischen Laufbahn eine überzeugte und unbeirrbare Europäerin. Sie war eine der führenden Persönlichkeiten beim schwedischen Referendum im Jahr 2003 über die Einführung des Euro. Am 10. September 2003 wurde sie in Stockholm von einem Attentäter niedergestochen – drei Tage vor dem Referendum. Sie starb am nächsten Tag.

Wo finde ich weitere Informationen?

Überall in der Europäischen Union gibt es Hunderte von **Europe-Direct-Informationszentren**. Die Adresse des nächstgelegenen Informationszentrums finden Sie unter

https://europa.eu/european-union/contact/meet-us_de.

Sie erreichen Europe Direct

- über die gebührenfreie Rufnummer 00 800 6 7 8 9 10 11 (manche Mobilfunkanbieter berechnen allerdings Gebühren)
- über die Standardrufnummer +32 22999696
- per E-Mail über https://europa.eu/european-union/contact_de

Informationen über die Europäische Union in allen Amtssprachen der EU finden Sie auf der **Europa-Website** unter <https://europa.eu>. Im [Gesamtbericht](#) erfahren Sie alles Wissenswerte über die Tätigkeit der EU im Jahr 2020.

Kostenlose und kostenpflichtige **EU-Veröffentlichungen** können heruntergeladen oder bestellt werden über

<https://op.europa.eu/de/publications>.

Hilfe und Informationen für Bürgerinnen und Bürger und Unternehmen in der EU finden Sie auf der Website „**Your Europe**“ unter

<https://europa.eu/youreurope/index.htm>.

Unterrichtsmaterial, Spiele und Quizfragen finden Sie in der **Lernecke** unter https://europa.eu/learning-corner/home_de.

Das **Europäische Jugendportal** finden Sie unter https://europa.eu/youth/EU_de.

Die **Europäische Kommission** in Ihrem Land:

https://ec.europa.eu/info/about-european-commission/contact/representations-member-states_de

Das **Europäische Parlament** in Ihrem Land:

<https://www.europarl.europa.eu/at-your-service/de/stay-informed/liaison-offices-in-your-country>

Das **Netzwerk der Europäischen Verbraucherzentren**:

https://ec.europa.eu/info/live-work-travel-eu/consumer-rights-and-complaints/resolve-your-consumer-complaint/european-consumer-centres-network-ecc-net_de

